

## Politische Krise führt zu politischer Gewalt

von Martin-Peter Houscht und Ahmed Fazl

Bangladesh schliddert immer weiter ins politische Chaos. Nach wie vor gibt es keine Lösung der seit nunmehr einem Jahr andauernden Krise. Immer öfter führen die Spannungen zwischen Regierungspartei und Opposition zu gewalttätigen Ausschreitungen auf der Straße, ein Generalstreik folgt dem nächsten, in den Universitäten brodelt es. Ende Januar entging Premierministerin Khaleda Zia einem Anschlag, als gegen ihren Fahrzeugkonvoi eine Bombe geschleudert wurde.

"Die politischen Parteien lassen die Leute hängen", kritisiert Dr. Mahmuda Islam von der Universität in Dhaka. Die Soziologin glaubt, die nach wie vor sehr angespannte politische Lage und die Krise der Demokratie helfe vor allem politischen Extremisten und religiösen Fanatikern. "Immer mehr Studentinnen und Studenten werden den Islamisten zugetrieben", führt sie an. Besonders erstaunt sei sie über die zunehmende Zahl junger Studentinnen, die im islamischen "chaddra" in der Universität erschienen. Dies habe es noch bis vor kurzem kaum gegeben. Vor allem in der Dhaka Universität, der Zitadelle liberaler Demokratie, sei dies bisher unvorstellbar gewesen. "Es besteht offensichtlich eine

wachsende Frustration in der Öffentlichkeit". Und ein Ende der Krise ist nicht abzusehen. Als bisher letzte Waffe traten 147 Politiker der Oppositionsparteien - 'Awami League', 'Jatiyo Party', 'Jamaat-i-Islami' und NDP - zurück. Die regierende 'Bangladesh Nationalist Party' (BNP) unter Premierministerin Khaleda Zia hat sich noch nicht entschieden, ob sie die nach der Verfassung möglichen Nachwahlen zur Wiederbesetzung der vakant gewordenen Parlamentssitze anberaumbt oder durch eine Parlamentsauflösung den Weg freimacht für Neuwahlen.

Das Damoklesschwert eines Massenerücktritts hing bereits seit längerem über der 'Jatiya Sangsad', dem Nationalpar-

lament in Dhaka. Nach Beendigung der 17. Tagungsperiode des Parlaments am 6. Dezember - die bereits fünfte, die von der Opposition boykottiert worden war - forderte 'Awami League' (AL) Chefinskeikh Hasina Premierministerin Khaleda Zia ultimativ auf, bis zum 27. Dezember der oppositionellen Forderung nach einer neutralen, die für frühestens Februar 1996 anstehenden Parlamentswahlen überwachenden Übergangsregierung nachzugeben. Khaleda Zia hatte auf die Drohung der Opposition, mit neuen Streiks die BNP zu stürzen, überaus scharf reagiert und erklärt, der BNP-Studentenflügel 'Chhatra Dal' werde ausreichen, um den oppositionellen Drohungen zu begegnen - eine unverblühte



Immer wieder legen Streiks die Wirtschaft lahm (Foto: Ahmed Fazl)

Kampfansage und zugleich ein schlimmer faux pas. Vor diesem Hintergrund war es überraschend, daß überhaupt noch inhaltliche Positionen abgesteckt wurden. Doch vergebens! Das entscheidende Hindernis zu einer Lösung der politischen Krise konnte nicht aus dem Weg geräumt werden - die Rolle Khaleda Zias in einer solchen Übergangsregierung. Die regierende BNP sieht in der Bildung eines zehnköpfigen Interimskabinetts mit jeweils fünf Ministern von der BNP und der Opposition die Lösung. Khaleda Zia soll nach diesem Vorschlag Premierministerin bleiben und die zehn Minister nominieren. Die AL möchte dagegen einen Richter des Obersten Gerichtes an der Spitze eines solchen Kabinetts sehen, während Khaleda Zia und Sheikh Hasina jeweils fünf Minister nominieren sollen.

Für Empörung seitens der Opposition sorgten Äußerungen des Parlamentspräsidenten Sheikh Razzak Ali, der sich weigerte, die Rücktrittsbriefe zu akzeptieren und die beiden Lager zu weiteren Verhandlungen aufrief. Nach der Verfassung hat Razzak Ali keine derartige Befugnis, sondern die Pflicht, die Rücktritte im Amtsblatt anzuzeigen.

Mit diesem jüngsten Schritt der Opposition hat sich auch der Graben innerhalb der BNP vertieft. Auf der einen Seite stehen die Verhandlungswilligen, die 'Liberalen', die sich eine baldige politische Lösung der seit nunmehr fast einem Jahr währenden Krise wünschen, auf der anderen Seite die 'hardliner', unter ihnen Außenminister Mustafizur Rahman und BNP Generalsekretär Abdus Salam Talukdar. Diese wollen die durch den Massenrücktritt vakant gewordenen Parlamentssitze via Nachwahlen erobern. Die Zahl der 'Liberalen' wächst, doch ist die Angst vor einem innerparteilichen Spießrutenlauf, wie es der wegen seiner Äußerungen gemäßregelte ehemalige Informationsminister erleben mußte, groß. Huda hatte die Auffassung der Opposition übernommen und nur durch ein Widerrufen dieser Position den Parteiausbruch verhindern können. Einen Beitrag zur Lösung der politischen Krise zu liefern, ohne dabei die Formel "neutrale Übergangsformel" im Mund führen zu dürfen, ist den 'Liberalen' bislang nicht gelungen.

Vorgesehen sind nun auf BNP Seite intensive Beratungen auf Divisionsbene. Die letzte Entscheidung obliegt dem 'standing committee' der Partei. "Die Partei wird sich für Nachwahlen in den betroffenen Distrikten aussprechen", so ein Mitglied des 'standing committee'. Erst bei einem zu erwartenden Wahlboykott durch die Opposition werde Khaleda Zia das Parlament auflösen und Neuwahlen ausrufen. Sollte dieser Weg tatsächlich beschritten werden,

so hätte die BNP maximal 180 Tage Zeit, sich auf die Parlamentswahlen vorzubereiten; eine 90 Tage Frist ist sowohl bei den Nachwahlen als auch bei den Parlamentswahlen vorgesehen. Die Opposition hat bereits neue Streiks angekündigt, um Nachwahlen zu verhindern.

Schon seit Monaten sorgen Generalstreiks für Unzufriedenheit im Land. In Chittagong warten Exportgüter wie Textilien oder Tee auf ihre Bestimmungsorte. Unternehmen verlieren wichtige Devisen, Arbeitnehmer ihre Jobs. Die Industrie- und Handelskammer in Dhaka schätzt, daß den Unternehmen jeden Tag Einkommensverluste in Höhe von umgerechnet etwa 400.000 DM entstehen; für die bangladeschische Wirtschaft ein beträchtliches Minus. Hinzu kommt die zunehmende Gewaltbereitschaft der Streikenden. Immer wieder kommt es zu schweren Auseinandersetzungen mit zahlreichen Toten. So kamen u.a. während eines 72-stündigen Generalstreiks des 'Textil und Jutearbeiter Aktionskomitees' im Januar in Dhaka und Chittagong vier Arbeiter ums Leben, über 300 wurden verletzt. Die Streikenden zerstörten Eisenbahnstrecken, errichteten Barrikaden entlang zahlreicher Fernverkehrsstraßen und brachten damit den Personen- und Güterverkehr zwischen Dhaka und der bedeutenden Hafenstadt Chittagong für mehrere Tage zum Erliegen.

Versuche der 'Bangladesh Federation of Chambers of Commerce and Industry', die beiden Lager zu einer neuerlichen Dialogrunde einzuladen, schlugen fehl. Interessanterweise hatte die AL, die zusammen mit den anderen Oppositionsparteien für die vielen Streiks und damit die wirtschaftlichen Einbußen verantwortlich ist, einer solchen Runde zugestimmt. Die BNP hatte nach anfänglicher Bereitschaft abgewunken, da ein Dialog mit der Opposition keinen Erfolg verspreche.

Diese Erfolge hat die BNP zur Zeit im Parlament. Ohne Opposition ist es leicht, Gesetzesvorlagen zu verabschieden. So geschehen Ende November, als die so wichtige 'Representation of the People (Amendment) Bill' den (rest-)parlamentarischen Segen erhielt. Damit ist die von der BNP geforderte Stärkung der Rechte der Wahlkommission (siehe dazu auch "Neutrale Übergangsregierung - Anatomie einer politischen Krise", in 'Südasiens' 8/94), die von der Opposition als unzureichend im Sinne der Gewährleistung freier und fairer Wahlen angesehen wurde, erreicht.

Die Gebernationen, vor allem Japan und Großbritannien, haben unterdessen bereits Konsequenzen für den Fall angekündigt, daß nicht bald eine Lösung erzielt wird. Investitionsverträge, Entwicklungsprogramme und andere Aktio-

nen müßten auf Eis gelegt werden, sollten nicht bald politisch stabilere Zeiten anbrechen, so das Credo der Geber.

Das Spielen auf Zeit, das womöglich die 'hardliner' der BNP bevorzugen und durch "parlamentarische" Erfolge gerechtfertigt erscheint, kann sich also durchaus verhängnisvoll auswirken - für die BNP wie für das ganze Land.

Ein Ausweg aus der Krise ohne Gesichtverlust für die ein oder andere Seite ist jedoch schwerlich vorstellbar. Die BNP will an Khaleda Zia als Interimspremierministerin festhalten, selbst wenn ihre Kompetenzen während der 90 Tage zwischen Auflösung des Parlaments und Abhaltung der Wahlen noch so gering wären. Die AL möchte dagegen den "Kopf der Premierministerin". Diese Zuspitzung auf eine Person, genährt durch die tiefe Antipathie zwischen Khaleda Zia und Sheikh Hasina, ist und bleibt das Gärmittel für die gegenwärtige politische Instabilität in Bangladesh. Nutznießer der Krise sind extremistische Parteien und die Islamisten des Landes. Dies zeigte sich vor allem an Reaktionen gegen die derzeit im Exil lebende Schriftstellerin Taslima Nasreen. Ayesha Khanam vom 'Womens Council' beklagt: "Die Stärkung der Islamisten hat vor allem Auswirkungen auf die Situation der Frau gehabt." In jüngster Zeit seien immer mehr Frauen Opfer islamischer "Fatwas" geworden. Die Opfer seien normalerweise Dorffrauen und solche, die aus wirtschaftlich rückständigen Gesellschaftsschichten stammten. Die "Fatwas" seien verbunden mit Strafen wie Steinigen, Auspeitschen und einem sozialen Boykott der "Schuldigen".

Ayesha Khanam beschuldigt sowohl die Regierungspartei als auch die Oppositionsparteien, einschließlich der 'Awami League', nicht konsequent genug gegen die Islamisten vorzugehen und gegen die von ihnen ausgerufenen "Fatwas" nichts zu unternehmen. Nach ihren Aussagen sei der moslemische Klerus in den Dörfern mittlerweile wesentlich besser organisiert als je zuvor. Talukdar Maniruzzaman, ein Politikwissenschaftler, sieht das Land auf dem Weg ins Chaos: "Wenn nicht bald eine Lösung zwischen den Parteien erzielt wird, dann wird die noch junge Demokratie Bangladeshs darunter schwer zu leiden haben". Solche Ängste sind nicht von der Hand zu weisen: Nach der Unabhängigkeit von 1971 begann das Land mit einer parlamentarischen Demokratie, jedoch kam es schon bald danach zu einem Wechsel hin zu einem Ein-Parteien-Staat und dem Verbot jeglicher Opposition. Mehr als 16 Jahre lang regierten und manipulierten dann Armee-Generäle zu ihrem eigenen Vorteil das Land und seine Bevölkerung.